

P.B. Nr. 11

[dodis.ch/38532](https://dodis.ch/38532)

Peter Anton Feldscher an Max Petitpierre, 30. Juli 1953

## INNENPOLITISCHE ASPEKTE ZUR ÖSTERREICHISCHEN AUSSENPOLITIK

Will man die wirkliche Stellungnahme der Österreichischen Regierung und der österreichischen Öffentlichkeit zu den Fragen, die aus der Entwicklung der internationalen Politik im Verhältnis zu Österreich sich ergeben, einer Beurteilung unterziehen, so ist es unumgänglich, sich darüber Rechenschaft zu geben, dass auch in diesem für Österreich so lebenswichtigen Kapitel die Werbung für parteipolitische Sonderinteressen bei massgebenden politischen Kreisen Wiens im Vordergrund steht.

Es ist bezeichnend, dass die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) die sowjetrussischen Massnahmen, die eine Erleichterung des Besatzungsregimes bezwecken, mit betonter Zurückhaltung aufgenommen und darauf hingewiesen hat, dass die von der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) in dieser Hinsicht bekundete Haltung zu einer Schwächung des bisher so kräftigen Widerstandes der öster-

---

u. ff dipl. Dst., 1920 u. ff BM für Äußeres bzw. BKA/AA, 1920 u. ff Polit. Abt. 1925 Ks. I. Kl., 1928–1930 kom. Ltr., 1930 LegR. II. Kl., 1930–1933 GschTr. Ankara, 1933–1938 LegR. Paris, 1938 Entl., 1938–1942 Exil Frankreich, u. a. Korrespondent der Zürcher Zeitung «Die Tat», zgl. Landwirt, 1942 Anwesenheitsverbot für Frankreich, 1942–1944 Wissenschaftl. Mitarbeiter «Monumenta Germaniae Historica», Wien; 1945 u. ff BKA/AA, 1945 LegR. I. Kl., 1946 Polit. Vertreter bzw. Ges. Paris, 1947–1960 Ges. Moskau, 1953 u. ff ebd. Botsch. – Österreichs Spitzendiplomaten.

**1055** Nicht bekannt.

**1056** Lawrentij Berija (1899–1953); 1917 u. ff KPdSU, 1934 ZK KPdSU, 1938–1945 GPU- bzw. NKWD-Chef (Polizei-, Nachrichten- u. Sicherheitsdst.), 1946–1953 Politbüro bzw. Präsidium ZK KPdSU, stv. MPräs., 1953 Verhft. u. Hinrichtung.

**1057** Georgij Malenkow (1902–1988); 1939 ZK KPdSU, Sekr. Stalins, 1946 u. ff Politbüro, 1953 kurzz. GSekr., 1953–1955 MPräs., Rücktritt infolge ungünst. Wirtschaftslage.



reichischen Bevölkerung gegenüber der kommunistischen Politik führen könnte. Andererseits ist es wohl richtig, dass Bundeskanzler Raab die Möglichkeiten, die in dem entgegenkommenden Verhalten Sowjetrusslands liegen, taktisch gut erfasste und sich, zweifellos auch in geschickter Ausnutzung der Interessen der ÖVP, auf Verhandlungen mit dem sowjetrussischen «Element» eingelassen hat. In dieser Beziehung ist nicht ohne Bedeutung, dass auch Aussenminister Gruber seine bisherigen aussenpolitischen Methoden etwas revidiert hat. Es ist dem Unterzeichneten gegenüber von führender sozialistischer Seite sogar behauptet worden, dass Gruber hinter dem Rücken der Österreichischen Regierung Sowjetrussland die Neutralität Österreichs angeboten habe. Zweifellos dürfte soviel stimmen, dass Raab die verschiedensten Probleme gegenüber dem sowjetrussischen Partner zur Sprache gebracht und dabei auch wichtige Erfolge erzielt hat. Es wäre zu viel gesagt, wenn man diese allein der Persönlichkeit des gegenwärtigen Bundeskanzlers zuschreiben wollte, denn die Wandlungen in der sowjetrussischen Politik, auch mit Beziehung auf Österreich, sind sicherlich in erster Linie auf die durch den Tod Stalins geschaffene neue politische Situation zurückzuführen, die in ihren Auswirkungen zufällig mit dem Amtsantritt des neuen Österreichischen Bundeskanzlers zusammenfiel.

Wie ich diese Zeilen niederschreibe, vernehme ich aus dem Bundeskanzleramt, dass die Moskauer Regierung sich bereit erklärt hat, in Zukunft die auf Sowjetrussland entfallenden Besetzungskosten selbst zu tragen, was ja von Seiten der Vereinigten Staaten schon seit einigen Jahren geschieht. Dieser Nachricht kommt einmal deswegen besondere Bedeutung zu, weil nunmehr auch Grossbritannien und Frankreich ihre Besetzungskosten wohl nicht mehr auf Österreich werden abwälzen können, sodass das österreichische Finanzministerium für neue budgetäre Zwecke (z.B. Arbeitsbeschaffung auf dem Gebiet von Kraftwerken und Autobahnen) über ganz erhebliche, freiwerdende Beträge verfügen wird. Zudem aber gewinnen die Meldungen sehr an Wahrscheinlichkeit, dass Österreich auch in anderer Hinsicht mit dem Osten in Unterhandlungen stehe, so bezüglich der Neuordnung der Usia-Angelegenheiten d.h. des von Sowjetrussland verwalteten deutschen Eigentums, sowie der wirtschaftlichen Öffnung der Grenzen der volkdemokratischen Nachbarstaaten.

Es lässt sich verstehen, dass der Parteileitung der SPÖ die Ausbeutung dieser Entwicklung durch die ÖVP reichlich ungelegen kommt, doch wird eine These, dass durch ein «russophiles» Verhalten der Kommunismus in Österreich Auftrieb erhalten könnte, kaum Eindruck machen.

Heute ist die aufsehenerregende Nachricht veröffentlicht worden, dass die Sowjetregierung in einer an den österreichischen Botschafter in Moskau gerichteten Note die Österreichische Regierung aufgefordert habe, sich gegen den sogenannten Kurzvertrag auszusprechen. «Ein Verzicht auf eine Diskussion des Kurzvertrages würde den vier Mächten die Möglichkeit geben, die Beratungen über die Frage eines Staatsvertrages mit Österreich mit dem Ziel aufzunehmen, eine Einigung

über die unerledigten Fragen im Zusammenhang mit dem Abschluss des Staatsvertrages zu erreichen».

Mit dieser Forderung stösst die Moskauer Regierung bloss offene Türen ein, denn wie Sie aus meinem Bericht vom 23. April d.J. ersehen haben, ist die Österreichische Regierung keineswegs an der Aufrechterhaltung des sog. Kurzvertrages interessiert und würde gegebenenfalls auch den bereits durchberatenen Entwurf des Staatsvertrages akzeptieren. Eine solche Folgerung lag nämlich der Regierungserklärung vom 15. April 1953 zugrunde, mit der übrigens auch von der Erklärung der Österreichischen Regierung in einem den UNO-Staaten übergebenen Memorandum vom 31. Juli 1952, dass verschiedene Bestimmungen des Staatsvertragsentwurfes bei der heutigen Sachlage nicht mehr tragbar erschienen, deutlich abgerückt wurde. In dieser Änderung tritt die Diskrepanz in der Politik des Österreichischen Aussenministers zu Tage, und man kann sich fragen, ob die sowjetrussische Note nicht auf diese hinweisen und die Person Grubers als für neue Verhandlungen untragbar bezeichnen wollte. Abgesehen davon, dass die Note sich auf eine österreichische Denkschrift vom 30. Juni 1953 bezieht, liegt nahe, anzunehmen, dass sie auf mündliche Unterredungen zurückgeht, und dass möglicherweise materielle Auseinandersetzungen über das Schicksal des deutschen Eigentums in Österreich, über das Problem der neutralen Stellung Österreichs usw. bereits stattgefunden haben.

Bemerkenswert ist die Reaktion des britischen Foreign Office, das erklärt haben soll, ihm sei von dem österreichischen Memorandum vom 30. Juni d.J. nichts bekannt, und die Österreichische Regierung habe in diesem Falle ohne Wissen der Westmächte mit der Sowjetunion unterhandelt.

Noch vor zwei Tagen habe ich in einem Gespräch mit dem Chef der politischen Abteilung des Bundeskanzleramtes<sup>1058</sup> feststellen können, dass er der Möglichkeit einer raschen Wiederaufnahme von Verhandlungen über den Staatsvertrag eher skeptisch gegenüberstand. Auch beurteilte man an gleicher Stelle die Aussichten auf eine Einigung der vier Grossmächte nicht sehr positiv. Der Waffenstillstand in Korea sei nur unter starkem Widerstreben des Pentagon in Washington zustande gekommen, und Eisenhower liege einstweilen nur daran, bestimmte, seinen Wählern gegebene Versprechen einzulösen.

Wie mir von dem frühern österreichischen Vertreter in Bonn, dem jetzigen Leiter der politischen Abteilung noch mitgeteilt wurde, sei anlässlich des Besuches des österreichischen Aussenministers bei Herrn Adenauer auf das Problem des deutschen Eigentums nicht näher eingetreten worden.<sup>1059</sup> Eine Erörterung des Gegenstandes wäre schon aus dem Grunde verfrüht gewesen, weil für Österreich wie für Deutschland solche Verhandlungen von dem Vorliegen entsprechender Bestimmungen in einem Staats- bzw. Friedensvertrag abhängig seien. Die Errichtung

---

<sup>1058</sup> Josef Schöner.

<sup>1059</sup> 19./20.5.1953.

DOK. 140 • 14.8.1953

481

einer deutschen diplomatischen Mission in Wien, auch unter dem Namen einer Handelsvertretung, erscheine aus einem ähnlichen Grund noch nicht angängig, weil sie sich, gewollt oder ungewollt, mit den Fragen des deutschen Eigentums zu befassen hätte. Bisher sei aber bekanntermassen die Zulassung einer deutschen Mission aus politischen Beweggründen von sowjetischer Seite abgelehnt worden. Die neueste Änderung in der sowjetrussischen Politik lässt es aber nicht ausgeschlossen erscheinen, dass die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um auch das Verhältnis der Österreichischen Republik zu Deutschland zu bereinigen.